

tionale Verkehrsinfrastruktur, sind aber auch Parklandschaften und Grünzüge. Vorhandene regionale Grünzüge in Nord-Süd- und in West-Ost-Richtung, der Em-scher Landschaftspark, das Ruhrtal und die Lippe-Auen sind so zu einem kultur-landschaftlichen Grundnetz verknüpft. Die Siedlungsknoten könnten dabei aber noch verdichtet und funktional gestärkt werden.

Die kommunale Verfasstheit

Die Polyzentralität von Ruhr ist eine Chance für seine urbane Entwicklung, aber darf nicht Grundlage von »Regionaler Governance« sein, die »Viele Zentren« mit 53 kommunalrechtlich selbstständigen Kommunen gleichsetzt. Vor allem die großen Städte sind nicht historisch gewachsen, sondern Ergebnisse zum Teil willkürlicher

kommunaler Gebietsreformen in den 20er und 70er Jahren.

Die offenkundige Willkür der fremdbestimmten Zersplitterung sollte 1920 kommunale Mehrstufigkeit abmildern. Mit dem Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk wurde ein übergeordneter Kommunalverband bei jedoch nur geringen Kompetenzen geschaffen. Die Bildung einer Stadt, wie für Berlin im gleichen Jahr durch preußisches Gesetz geschehen, scheiterte vor allem auch am Widerstand der Großunternehmen, die ihre Planungen durch eine handlungsfähige Stadt behindert sahen.

Integratives kommunalpolitisches Handeln in Ruhr ist nicht zuerst eine Frage der Zusammenarbeit der Kommunen, die ist hier intensiver als anderswo. Das Land NRW muss sie durch ein geeignetes Gesetz ermöglichen, der Bund in den Bereichen Forschung und Schienenverkehr fördern. ■

Robert Kaltenbrunner

Über die Wechselwirkung von Lebensumständen und gebauter Umwelt

Zwischen gebauter Umwelt und den Lebensumständen der in ihr lebenden und arbeitenden Bevölkerung besteht eine ausgeprägte Wechselwirkung. An dem vielfach beschriebenen Prozess der sogenannten »Gentrifizierung« lässt sich dies exemplarisch beschreiben. Doch das Problem ist vielschichtiger, als es auf den ersten Blick zu sein scheint.

Robert Kaltenbrunner

(*1960) ist in leitender Funktion beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Bonn u. Berlin) sowie als freier Publizist tätig.

robert.kaltenbrunner@BBR.Bund.de



Hamburger Elbphilharmonie z.B. oder der Umbau des Neuen Museums in Berlin) oder spektakuläre Hochhäuser (Londons neuester Wolkenkratzer »The Shard« oder das »1 Blich« in Sydneys Skyline).

Gleichwohl scheint das Terrain durchaus vermint. Was damit zusammenhängt, dass die Architektur und Raumbezogenheit des Menschen im Alltag nicht besonders viel gilt, auch nicht in der Politik. Es hat den Anschein, als sei »Bauen« so etwas wie »very old school«, ein gesellschaftliches

Fraglos bietet die zeitgenössische Architektur viele Höhepunkte: In den Bann ziehen uns etwa Kulturbauten (die

Aufgabenfeld des 19. Jahrhunderts, wohingegen heute Hightech angesagt sei. Auffällig ist zudem, dass sich die meisten Architekten gegenüber den Gründen und Folgen der gesellschaftlichen Großkrisen der Finanzwirtschaft und des Klimawechsels recht lethargisch verhalten. Eine Indifferenz, die, wenn man sie in konkrete Projekte übersetzt, entweder sogenannte Signature Buildings (wie das futuristische Daimler-Benz Museum in Stuttgart oder das ikonisch-verschlungene CCTV-Hochhaus in Peking) zu erzeugen scheint oder aber eine große Masse stumm und bieder wirkender Hausmannskost, die mal nur technizistisch-abstrakt, mal neoklassizistisch oder historisierend auftritt.

Allein, wenn es nach Aristoteles ginge, dann läge der überzeitliche Wesenskern der Architektur in der baulich-poetischen Reflexion dessen, »was sein kann«, und nicht allein die technische Abbildung dessen, »was ist«. Doch an die Stelle des Nachdenkens darüber, was ein gutes Leben sein könnte und nach welchen Räumen es rief, ist der Gedanke des Bauens um jeden Preis getreten, egal welchen Inhalts.

Immobilien: Heimat oder Betongold?

Im Streit über die Erscheinungsformen von Architektur werden die harten Realitäten eines immer anonymen werdenden Marktes häufig ausgeblendet. Das Metier selbst beklagt zwar, dass es hinterrücks seiner Gestaltungshoheit beraubt wird, gibt sich aber keine Rechenschaft über die tiefergehenden Ursachen. Es sind deren zwei. Die eine hat mit einem strukturellen Konservatismus der Bauherrenschaft zu tun, die andere mit den Wertvorstellungen der Nutzer. Die Architektur wird damit gleichsam in die Zange genommen.

Im Büro- und Verwaltungsbau, wo immer schnellere Nutzungszyklen und technische Veränderungen die Ansprüche ver-

ändern, setzen Investoren auf möglichst viel, möglichst flexibel gestaltbare Fläche; und drum herum meist die ewig gleiche Glas- und Stahlhülle. Die Eintönigkeit liegt aber nicht nur an der Einfallslosigkeit der Planenden, sondern auch an den Brandschutzbestimmungen und den ökonomischen Interessen, aus den hinter der Fassade liegenden Büroräumen das Letzte herauszuholen. Und welcher Projektentwickler entscheidet sich schon unter Verzicht eines zusätzlichen Geschosses für gut proportionierte Räume mit Raumhöhen, die ihren Namen verdienen? So verwundert es nicht, dass bei den meisten Bauherren die Mentalität eines Bankers aufscheint, der idealtypisch unter Baukultur bloß die Einheit von Baugenehmigung, Festpreis, Abnahme und Vollvermietung versteht. Etwas anders liegt die Sache bei den Trägern des Wohnungsbaus. In der Regel sind sie – oder verstehen sich als – Teil eines Milieus, das Wohnen habituell buchstabiert. Sie folgen vermeintlich abgesicherten und tendenziell retroaktiven Vorstellungen von Behausung. Sie sind damit in den wenigsten Fällen die Träger von Innovation. Und da treffen sie sich mit den Bewohnern und Nutzern: Mag man das bürgerliche Familien- und Wohnmodell auch als ein »hegemoniales« Kulturkonzept werten, so muss man doch sehen, dass die in diesem Modell implizierten Vorstellungen von Lebensqualität sich de facto bis heute als außerordentlich attraktiv erwiesen haben.

Dies wird aber überlagert von einer anderen Entwicklung: Unser Kulturkreis befindet sich im Übergang von einer politisch motivierten, nichtmonetären Stadtentwicklung hin zu einer stärker privaten, an Gewinn und Rendite orientierten Steuerung. Für Architektur und Städtebau resultiert daraus eine starke Kapitalabhängigkeit. Wenn die Renditen in anderen Anlagebereichen bzw. an anderen Standorten aussichtsreicher sind, dann kann abrupt ein Abzug der Finanzmittel erfolgen. Mit möglicherweise unübersehbaren Effekten

in der konkreten Lebensumgebung. »Die enge Verflechtung der Finanzmärkte mit Architektur und Stadt wurde spätestens seit den 1990er Jahren weltweit zur Voraussetzung für die Entwicklung und Gestaltung von Raum«, heißt es in einer Broschüre, die die Stiftung Bauhaus Dessau auflegte. Erst die Immobilien- und Finanzmarktkrise scheint zumindest in Teilen der raumgestaltenden Disziplinen eine kritische Reflexion der Bedingungen und Möglichkeiten von Architektur und Planung zu befördern.«

Es ist kaum zu übersehen, dass Projektentwickler und Immobilientrusts den Städtebau heute massiv beeinflussen. Sie und ihre profitorientierten Malls, Bürotürme und Entertainment-Center setzen die Maßstäbe. Agieren kommunale Institutionen, denen Gemeinwohl vor Eigenwohl gehen müsste, als Bauherren, so erweisen auch sie sich zunehmend gesteuert von der Ellenbogenmentalität des internationalen Städte- und Standortwettbewerbs: Kultur- und Behördenbauten ebenso wie Wohnungsbau wetteifern in erster Linie um spektakuläre Wirkungen. Und die vielzitierte »Festivalisierung« der Stadtentwicklung, die vornehmlich auf Großereignisse fokussiert ist, schwebt permanent in der Gefahr, zu Lasten einer notwendigerweise breiter angelegten urbanistischen Intervention zu gehen. Mit der Konsequenz, dass bestimmte Fragen, etwa nach Langfristperspektiven oder dem Verhältnis von symbolischem Ertrag zu stadtgesellschaftlichem Nutzen, lieber gar nicht erst gestellt werden.

Produktionsversuch menschlicher Heimat

Gleichwohl darf man den Beitrag von Architektur und Städtebau für den »Produktionsversuch menschlicher Heimat« (Ernst Bloch) nicht unterschätzen. Die einzelnen Gebäude, ihr Herstellungsprozess ebenso

wie ihr Zusammenspiel sind Indikatoren für den Lebenswert eines Ortes. Er wird in dreifacher Weise wahrgenommen: als Gebrauchswert, als Tauschwert sowie als Inszenierungswert. Schon deshalb ist eine Immobilie, ist Architektur weit mehr als eine (vermeintlich) sichere Anlageform (Betongold!) in Zeiten volatiler Finanzmärkte und Euro-Währungskrise.

Nun ist derzeit viel vom »Recht auf Stadt« die Rede. Gemeint sind damit Modelle der Planung und Stadtentwicklung, die sich emanzipieren von der Logik der Finanzmärkte und Maximalrenditen. Stichwort ›Nachhaltigkeit‹: Es wäre an der Zeit, über neue Planungs- und Baufinanzierungsmodelle nachzudenken, mit denen privates und öffentliches Geld in einen sozial verträglichen, ressourcenschonenden und ökologisch korrekten Umbau der Städte gelenkt werden könnte – mit den Banken oder auch an ihnen vorbei, wenn die Rendite für sie nicht üppig genug ausfällt.

Schreckgespenst »Gentrifizierung«

Architektur ist im sozialen Sinne keineswegs passiv: Wenn sich Stadtteile einer neuen Attraktivität erfreuen und aufgewertet werden, geht dies häufig mit einer schleichenden Vertreibung der angestammten Bewohner einher. Dieser Prozess wird heute gerne mit dem Anglizismus »Gentrifizierung« bezeichnet. Das Kunstwort selbst geht auf die britische Soziologin Ruth Glass zurück. Sie bezeichnete mit dieser Herleitung von ›gentry‹ (niederer Adel) die aufstrebenden Londoner Stadtteile, welche sie 1964 dokumentierte. Die ›Veredlung‹ von Quartieren auf Kosten der ärmeren Mieter ist also kein neues Phänomen. Neu ist allerdings die Haltung dazu: Wer Gentrifizierung sagt, ist dagegen. Nicht ohne Grund. Denn was sich abspielt, ist folgendes: Erst kommen »Pioniere« in ein gemischtes Viertel und stimulieren das Lebensgefühl, dann folgen Bessergestellte als »Gentrifier«. Sa-

nierungen heben Wohnungsstandard und Mieten; und die alten Mieter, die entweder die steigenden Kosten nicht mehr tragen können oder ganz einfach zum neuen Typus des Anwohners nicht mehr passen, werden hinausgedrängt. Die soziale Mischung geht zurück. Das muss man wahrlich nicht gut finden.

Aber sind soziale Polarisierung, Segregation und Gated Communities exakt das, was allenthalben passiert bzw. errichtet wird? Ein Blick auf den Berliner Bezirk Kreuzberg: Fraglos wird zwar an einzelnen Ecken das kulturelle Kapital der Pioniere in Wirtschaftskapital umgewandelt. Und man darf zu Recht auch von der »Lattemacchiatisierung« mancher einst verkommenen Straße sprechen. Dennoch sollte man nicht gleich in Alarmgeschrei verfallen.

»Immobilienhaie« mögen zwar partiell erfolgreich sein; das heißt aber noch lange nicht, dass der gesamte Kiez umcodiert wird. Über viele Monate hinweg manifestierte sich vor einigen Jahren etwa der Protest gegen den Ausbau des »Fichtebunkers« in der gleichnamigen Straße. Genützt hat es wenig: Die auf dessen Dach kreisförmig angeordneten, reihenhausartigen Luxuswohnungen mit Preisen um 700.000 Euro fanden tatsächlich allesamt einen Käufer. Die Blessuren für das Quartier scheinen sich aber in Grenzen zu halten.

Und als in der Reichenberger Straße das Carloft-Konzept des Architekten Manfred Dick umgesetzt wurde, war die Aufregung ebenfalls groß. Die insgesamt elf Wohneinheiten sind 224 bis 540 Quadratmeter groß; ihre besondere Attraktivität liegt in der – nach Meinung ihres Urhebers: patentierungswürdigen – Idee, anhand eines speziellen Aufzugs die Nobelkarossen der Hausbewohner nicht etwa in einer Tiefgarage, sondern unmittelbar vor der Tür zu parken. Mittlerweile freilich haben sich auch hier die Wogen geglättet. Und die Anwohner tun das Projekt als das ab, was es tatsächlich ist: eine Schnapsidee – die auf das Umfeld nicht die befürchtete Wirkung hat.

Gleichwohl, im Eifer des diskursiven Gefechts sieht man allenthalben fundamentale »Aufwertungen«, unterschlägt aber zwei Aspekte: Erstens, dass Kreuzberg tiefgreifend von der Multikulti-Mischung des Kiezes geprägt ist. Was dem Bezirk wiederum ein robust widerständiges Potenzial verleiht, das eine Nivellierung und Homogenisierung à la Prenzlauer Berg (Stichwort: »Bionade-Biedermeier«) nicht erlaubt. Und eben das ist auch allen bewusst, die hier hinzuziehen gedenken: Sie können mit dieser Mischung leben. Sie wollen zwar eine chic sanierte Wohnung, aber auch Authentizität, nicht bloß eine gründerzeitliche Stadt-Attrappe. Zweitens belügt man sich selbst, wenn man nicht bereit ist anzuerkennen, dass es sich um ein Stadtviertel handelt, welches tatsächlich viele Investitionen benötigt, damit es der Mehrheit der Bewohner künftig besser geht.

Es handelt sich um einen vertrackten Prozess, der unterm Strich entweder die Schickimickisierung eines Stadtviertels für Auserwählte vorantreibt oder im Gegenteil die Möglichkeit eröffnet, eine Stadt kulturell und sozial verdichteter Unterschiedlichkeit leben, gar wiederaufleben zu lassen. Solche Widersprüche sind für die Stadt konstitutiv – und nicht aufhebbar. Prinzipiell stehen stets beide Optionen offen, weswegen eine bloße Verteufelung der Gentrifizierung billig, ja unsinnig ist. Vielmehr braucht es ein Bewusstsein um die Grenze, an der das Ganze zu kippen droht. Dann aber wäre das Arsenal der zur Verfügung stehenden Mittel konsequenterweise auch einzusetzen: das Zweckentfremdungsverbot beispielsweise, der qualifizierte Mietspiegel oder die Erhaltungssatzung.

Letztlich zeigt die Debatte um die Gentrifizierung, dass Stadtentwicklung ein komplexer Gegenstand ist. Sich damit zu beschäftigen, heißt mühevoller Detailarbeit; und die individuellen Einwirkungsmöglichkeiten im Prozess sind oftmals begrenzt. ■